

Proposition de la commission

540.3120.002 Munition pour l'instruction et gestion de la munition
 540.3120.003 Matériel de remplacement et entretien
 540.3220.001 Equipement personnel et matériel à renouveler
 Maintenir

*21 Militärbereich**21 Secteur militaire**Antrag der Kommission*

540.3210.001 Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung
 Festhalten

Proposition de la commission

540.3210.001 Etude des projets, essais et préparatifs d'achats
 Maintenir

Inderkum Hansheiri (C, UR), für die Kommission: Im Voranschlag 2001 gibt es bei den Verpflichtungskrediten im Militärbereich noch eine Differenz. In quantitativer Hinsicht geht es um einen Betrag von 80 Millionen Franken. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass sich eine Kürzung bei diesen Verpflichtungskrediten auf das Budget 2001 nicht unmittelbar auswirkt.

Der Nationalrat hat gestern, dem Antrag seiner Kommission folgend, mit 90 zu 66 Stimmen beschlossen, sich dem Bundesrat und damit auch dem Ständerat anzuschliessen, d. h., auf eine Kürzung zu verzichten. Diese Beschlussfassung scheiterte dann aber an der Ausgabenbremse, und zwar relativ knapp. Aufgrund dieser Umstände – einerseits materiell Zustimmung des Nationalrates zu unseren Beschlüssen, andererseits knappes Scheitern bei der Ausgabenbremse – beantragt Ihnen die Kommission einstimmig, an den Beschlüssen unseres Rates festzuhalten. Falls Sie diesem Antrag folgten, würde heute Nachmittag eine Einigungskonferenz stattfinden.

Ich beantrage Ihnen namens der Kommission, an den Beschlüssen unseres Rates festzuhalten.

Villiger Kaspar, Bundesrat: Nur eine Bemerkung zum weiteren Vorgehen. Es ist in der Tat so, dass sich der Nationalrat Ihrem Beschluss angeschlossen hat, aber das Quorum für die Ausgabenbremse nicht erreicht wurde. Diese wirkt ja nur sehr selten, und manchmal hat sie dann kuriose Effekte. Wenn in der Einigungskonferenz etwas herauskommt, bei dem sich die beiden Räte nicht einigen können, dann wird nach dem Geschäftsverkehrsgesetz der tiefere Betrag oder Personalbestand Recht werden, dann würde es also bei der früheren nationalrätlichen Lösung bleiben. Aber ich glaube, es ist richtig, wenn Sie jetzt festhalten. Letztes Mal hat Herr Fünfschilling hier zu Recht gesagt, dass die Frage letztlich nicht so wahnsinnig schicksalhaft sei. Aber sachlich ist es gerechtfertigt, wenn Sie festhalten.

Angenommen – Adopté

La présidente (Saudan Françoise, présidente): Ce projet va donc à la Conférence de conciliation.

00.9006

**Jahresziele 2001
 des Bundesrates.
 Erklärung
 des Bundespräsidenten
 Objectifs 2001
 du Conseil fédéral.
 Déclaration du président
 de la Confédération**

Bericht des Bundesrates 22.11.00

Rapport du Conseil fédéral 22.11.00

Bestellung: EDMZ, 3003 Bern/Commande: OCFIM, 3003 Berne

Nationalrat/Conseil national 11.12.00

Ständerat/Conseil des Etats 12.12.00

Ogi Adolf, Bundespräsident: Heute sitze ich zum letzten Mal vor Ihnen; irgendwie geniesse ich diesen Moment. Ich geniesse es, Ihnen noch einmal ein Anliegen des Bundesrates überbringen zu dürfen. Es geht um die 18 Jahresziele, die der Bundesrat für das Jahr 2001 fixiert hat. Diese Ziele stecken die Marschroute der bundesrätlichen Politik ab. Sie erwarten hier jetzt sicher weitere sprachliche Bilder aus der Welt des Bergsteigens. Gedulden Sie sich noch einige Sätze.

Die 18 Ziele sind nicht die vollständige Auflistung aller Vorhaben des Bundesrates. Sie werden auch einige wichtige Ziele aus der Legislaturplanung 1999–2003 vermissen. Der Bundesrat hat nur jene Vorhaben in den Zielkatalog aufgenommen, die eine grosse politische Bedeutung haben und mit denen er sich im nächsten Jahr vor allem beschäftigen will. Der Bundesrat wird es sich auch erlauben, von seinen Zielen abzuweichen, falls die Umstände dies erfordern. In der Politik gilt das Gleiche wie in den Bergen: Nicht immer führt der direkte Weg zum Gipfel. Voilà!

Dies ist aber nicht der Grund, weshalb mich der Bundesrat beauftragt hat, Ihnen seine Ziele hier vorzutragen. Es geht um eine politische Absichtserklärung, an die sich der Bundesrat gebunden fühlt, auch wenn Sie mich im nächsten Jahr nicht mehr darauf behaften können.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen deutlich: Unser Land zeichnet sich im internationalen Vergleich nicht nur durch hohe politische Stabilität aus, sondern auch durch eine beachtliche Reformfähigkeit. Die Schweizer Wirtschaft befindet sich auf Wachstumskurs, und die Arbeitslosenquote sinkt auf Tiefstwerte.

Der Bundesrat will diesen Schwung nutzen und mit seinen Zielen für das Jahr 2001 weitere Reformschritte unternehmen – für eine offene, für eine kooperative, für eine attraktive, für eine lebenswerte Schweiz. Entsprechend den drei Leitgedanken der Legislaturplanung stehen für das Jahr 2001 folgende Ziele im Vordergrund:

Die sieben bilateralen Verträge sollen im Jahr 2001 in Kraft treten und umgesetzt werden. Es wird mit der EU ein weiterer Verhandlungsspielraum ausgelotet und zur Lösung offener Fragen genutzt.

Der Bundesrat wird auch einen landesweiten Dialog über den Uno-Beitritt der Schweiz führen. Dieses Vorgehen ist wichtig und richtig; die Zeit ist reif für einen Uno-Beitritt. Wenn wir in aller Offenheit kommunizieren und genügend Überzeugungskraft aufbringen, werden wir diese Abstimmung auch gewinnen.

Mit einem neuen Armeeleitbild und der Revision des Militärgesetzes will der Bundesrat die Grundlage für die «Armee XXI» schaffen. Ich möchte Ihnen diese beiden Geschäfte sehr ans Herz legen. Für Ihre kritische und wohlwollende Begleitung der Armee reform danke ich Ihnen schon heute.

Ein neuer Hochschulartikel in der Bundesverfassung soll Bund und Kantone eine gemeinsame und umfassende Hochschulpolitik ermöglichen. Es geht um die Bündelung der Kräfte und den optimalen Einsatz der Ressourcen.

Die beiden Unternehmungen «Swisscom AG» und «Post» müssen am Markt erfolgreich sein. Es braucht deshalb eine grundlegende und rasche Weichenstellung. Diese soll mit der Botschaft über die Flexibilisierung der Bundesmehrheit an der Swisscom und über die Schaffung einer Postbank erfolgen.

Auch das neue Kartellgesetz wird der Stärkung des Wettbewerbes in der Schweiz dienen. Direkte Sanktionsmöglichkeiten sollen besonders schädlichen Wettbewerbsbeschränkungen vorbeugen.

In den Zielen für 2001 nicht enthalten ist das vom Bundesrat in Aussicht gestellte Steuerpaket. Dieses Steuerpaket umfasst die Reform der Familienbesteuerung, einen Systemwechsel bei der Besteuerung des Wohneigentums und die Reform der Umsatzabgabe. Der Bundesrat hat – nach der Verabschiedung der Jahresziele – entschieden, das Steuerpaket zurückzustellen und zuerst eine finanzpolitische Auslegeordnung vorzunehmen. Diese wird dem Parlament noch vor Weihnachten in Form eines Zusatzberichtes zur Botschaft zur Schuldenbremse unterbreitet. Das Steuerpaket kommt dann entgegen der ursprünglichen Planung erst Anfang 2001.

Mit einer neuen Medienordnung will der Bundesrat einen leistungsfähigen Service public gewährleisten und auch der privaten Initiative mehr Gestaltungsspielraum öffnen. Mit gezielten Massnahmen des E-Government will der Bundesrat auch die Informationsgesellschaft Schweiz weiter vorantreiben. Wir wollen nicht nur Schritt halten, wir wollen vorangehen.

Im Jahre 2001 wird auch die Staatsleitungsreform ein Thema bleiben. Mit einem zweistufigen Regierungsmodell wollen wir die staatliche Handlungsfähigkeit für die Zukunft sichern.

Ein weiteres Schwergewichtsziel ist die langfristige Sicherung der Sozialwerke. Sie ist eine unverzichtbare Grundlage für den nationalen Zusammenhalt und für den Solidaritätsgedanken. Mit den Vorlagen zur 4. IV-Revision und zur 3. Avig-Revision wird die Sicherung unserer Sozialwerke weitergeführt.

Der neue Finanzausgleich wird uns im nächsten Jahr ebenfalls beschäftigen. Er soll die staatlichen Aufgaben auf jener bundesstaatlichen Ebene regeln, welche sie am besten lösen kann. Gleichzeitig ist der regionale Ausgleich wirksamer zu gestalten.

Mit einem neuen Ausländergesetz und einer Vorlage zur erleichterten Einbürgerung will der Bundesrat seine emigrationspolitische Neuorientierung konkretisieren. Schliesslich werden im Asylbereich eine Neufassung zur Drittstaatenregelung und ein Modell für eine wirkungsorientierte Ausgestaltung des Fürsorgewesens zur Diskussion gestellt.

Ich habe mir erlaubt, nur das Allerwichtigste aus den Zielen des Bundesrates zu erwähnen; diese Ziele haben Sie ja auch in schriftlicher Form erhalten. Ich habe dies im Wissen getan, dass Sie sich weniger für Absichtserklärungen interessieren, sondern später an der Gestaltung der Vorlagen mitwirken wollen. Dafür wünsche ich Ihnen Kraft und Durchsetzungsvermögen. Das werden Sie bei einem so starken Bundesrat inskünftig auch nötig haben. Nutzen Sie den Schwung! Der Start ins Jahr 2000 ist gelungen, ist geglückt. Erfolg bestätigt, aber verpflichtet.

00.048

Militärische Immobilien 2001

Immobilier militaire 2001

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 05.06.00 (BBl 2000 3695)

Message du Conseil fédéral 05.06.00 (FF 2000 3459)

Nationalrat/Conseil national 26.09.00 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 12.12.00 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Paupé Pierre (C, JU), pour la commission: Le message sur l'immobilier militaire 2001 comprend des projets et des crédits-cadres pour un total de 373,1 millions de francs, soit légèrement moins qu'en l'an 2000 où nous avions 386 millions de francs, mais des investissements manifestement inférieurs à ceux d'il y a dix ans.

Rappelons que, pour la deuxième fois, les Commissions de la politique de sécurité traitent de l'ensemble des projets, alors qu'autrefois seuls les projets de 10 millions de francs et plus leur étaient soumis, les investissements inférieurs à 10 millions de francs étant autrefois traités par la Commission des finances, dans le cadre du budget.

Les projets de 373,1 millions de francs se répartissent comme suit: 214 millions pour des assainissements, ainsi que de nouvelles constructions ou transformations dont un seul objet dépasse 10 millions de francs, à savoir la rénovation de la caserne de Liestal (Bâle-Campagne), 152 millions de francs consacrés à l'entretien des immeubles et aux liquidations, enfin 6,7 millions de francs affectés aux prestations contractuelles. De quoi s'agit-il? Il s'agit d'installations communes avec des partenaires publics – cantons, communes, Swisscom, CFF – ou privés.

En 2001, l'accent est porté sur les domaines de l'infrastructure de l'instruction et des transmissions. Les 64 projets sont établis en fonction d'«Armée XXI» et répondent aux critères établis à ce sujet par la direction du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports.

Notre Commission de politique de sécurité a consacré deux journées à ce message, les 13 et 14 novembre 2000. Le premier jour, les quatre sous-commissions ont visité les sites principaux: bien sûr la caserne de Liestal, mais aussi l'hôpital militaire de Disentis, le village de combat de Walenstadt, l'aérodrome militaire de Meiringen, le funiculaire de la région de la Lenk pour atteindre la station-radar de Florako au Weisshorn, enfin les installations de transmissions au Mont-Aubert.

Le seul projet dépassant 10 millions de francs est la rénovation de la caserne de Liestal, construite en 1862 et rénovée la dernière fois en 1953, soit il y a 47 ans, donc bientôt 50 ans.

Certains se sont interrogés sur l'opportunité de rénover cette caserne, qui appartient au canton de Bâle-Campagne, en raison de la réduction des effectifs prévus dans «Armée XXI». C'est oublier que le nombre de recrues restera pratiquement stable, vu le maintien de l'obligation générale de servir. Donc, il est nécessaire de transformer, de moderniser cette caserne.

Soumis au référendum, le projet a été largement approuvé par 64 pour cent du corps électoral du canton de Bâle-Campagne, en septembre dernier, avec – ça mérite d'être souligné – une majorité acceptante dans les 82 communes du canton. Le coût, 39 millions de francs, est financé à 70 pour cent par la Confédération et 30 pour cent par le canton de Bâle-Campagne. La part de la Confédération, part totale, est de 25,68 millions de francs. Elle est ramenée à 23,218 millions de francs dans le message, après déduction du crédit d'établissement du projet de 1,85 million de francs.

Deux autres projets ont fait l'objet de discussions: la rénovation de l'hôpital militaire de Disentis et l'installation de combat de localité de Walenstadt. La Commission des finances du Conseil national et une minorité de la Commission de la